Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/039(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag,	Altes Rathaus Beimszimmer	17:00Uhr	18:15 Uhr
	24.01.2008			

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, die Drucksache DS0584/07 – Vergleich – als Tagesordnungspunkt 9 zusätzlich auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die geänderte Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

- 6 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

Die Niederschrift der Sitzung vom 20.12.2007 wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

- 5 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung
- 4. Sauberkeit am Petriförder Vorlage: A0165/07

Herr Stegemann vom Städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb macht Ausführungen zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung. Er informiert, dass die Müllkaution als eine sehr kritische Sache gesehen wird. Es ist sehr schwer, dies in den Sommermonaten umzusetzen.

Herr Herbst informiert über einen Brief von Herrn Bombadie zu dieser Problematik und bittet die Verwaltung um Prüfung. Der Brief wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Heinl spricht sich für die Einführung der Müllkaution aus.

Herr Stegemann empfiehlt, bis zum Sommer abzuwarten und dann nochmals die Einführung der Müllkaution zu prüfen.

Herr Herbst ist der Auffassung, dass die Müllkaution vielleicht ein Umdenken bei den Leuten bewirkt.

Herr Platz äußert, dass der Marktbetreiber die Kaution erheben würde. Die Einführung muss also von der Weißen Flotte erfolgen. Da dies ein erheblicher Aufwand für die Weiße Flotte bedeutet, wurde diese bislang noch nicht eingeführt. Er unterbreitet den Vorschlag, dass die Verwaltung ein IG-Schreiben fertigt, worin der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten die Einführung der Müllkaution befürwortet.

Über den Antrag A0165/07 wird wie folgt abgestimmt:

- 6 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

4.1. Sauberkeit am Petriförder Vorlage: S0249/07

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Vernetzung / Bündelung der Magdeburger Stadtrechtsaktivitäten Vorlage: A0180/07

Herr Veil befürwortet die Stellungnahme der Verwaltung. Er bittet darum, den Antrag umzuformulieren und dann über diesen geänderten Antrag abzustimmen.

Der geänderte Antrag lautet wie folgt:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird sich weiterhin mit Intensität und Engagement nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten um eine öffentlichkeitswirksame Popularisierung und Darstellung des Magdeburger Stadtrechtes – insbesondere durch die Verleihung des Eike-von-Repgow-Preises und des Eike-von-Repgow-Stipendiums sowie die professionelle Organisation entsprechender (Sonder-) Ausstellungen – bemühen. Sie wird darüber hinaus das dem Magdeburger Stadtrecht gewidmete ehrenamtliche Engagement fördern und unterstützen. Zu diesem zweck beauftragt sie den Verein "Offene Türen" damit, die entsprechenden ehrenamtlichen Aktivitäten zu bündeln und die erforderlichen Mittel einzuwerben.

Über den geänderten Antrag wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

5.1. Vernetzung / Bündelung der Magdeburger Stadtrechtsaktivitäten Vorlage: S0268/07

Die Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

6. Umgang mit gefährlichen Hunden

Herr v. Baur, FB 32, legt dar, dass sich die Stadt bereits seit dem Jahre 1995 mit der Thematik beschäftigt. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum das Innenministerium bei den Polizisten eine Gefährdung sieht, aber bei den Vollzugsbeamten nicht. Der Stadtordnungsdienst erhält auch tatkräftige Unterstützung von der Berufsfeuerwehr. Das Problem für die Verwaltung besteht in der ganz normalen Hundekontrolle. Die Vollzugsbeamten haben alle Befugnisse, aber keine Sicherheiten. Die entscheidende Frage, die jetzt zu klären ist, lautet: Wie steht die Landesregierung zu den kommunalen Vollzugsdiensten?

Herr Platz informiert, dass die Stadt bestimmte Kurse an der Polizeischule besuchen darf. Von Seiten der Landesregierung gibt es jetzt möglicherweise etwas Bewegung.

Herr Lischka schlägt vor, dass sich der Ausschuss im Sommer nochmals mit der Problematik beschäftigt.

7. Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Magdeburg

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die ausgereichte Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Problematik zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

Herr Platz informiert über die Einführung des Alkoholverbotes am Hasselbachplatz.

Herr Herbst fragt nach, ob das Alkoholverbot durch Schilder gekennzeichnet wird.

Herr Harnisch, FB 32, führt aus, dass Flyer im A5-Format erstellt und diese durch die IG Hassel sichtbar ausgehängt werden sollen.

Herr Meinecke befürwortet das Anbringen von Hinweisschildern.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Burkhard Lischka

Britta Becker

Vorsitzende/r Schriftführer/in